

Tabaksteuererhöhungen retten Menschenleben

Neue Publikation des Deutschen Krebsforschungszentrums anlässlich der dritten Stufe der Tabaksteuererhöhung zum 1. September 2005

Täglich fordern durch Rauchen bedingte Krankheiten in Deutschland rund 350 Menschenleben. Viele dieser Todesfälle wären durch effektive Tabakkontrollmaßnahmen, insbesondere Preiserhöhungen, vermeidbar. Die positiven Folgen der Tabaksteuererhöhungen, die den in Deutschland seit Jahrzehnten hohen Zigarettenkonsum deutlich verringern konnten, fasst eine gemeinsame Publikation des Deutschen Krebsforschungszentrums und des Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität zu Köln zusammen.

Der Tabakkonsum sank infolge der Steuererhöhungen erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik um 12 Prozent. Vor allem Kinder und Jugendliche, die sehr preissensibel sind, reduzierten in den letzten Jahren ihren Zigarettenkonsum deutlich: Der Raucheranteil unter den 12- bis 17-Jährigen fiel von 28 Prozent im Jahr 2001 auf 20 Prozent im Jahr 2005. Der Konsumrückgang könnte sogar noch größer sein, wenn Zigaretten und Feinschnitt gleich hoch besteuert wären. Denn infolge des großen Preisunterschiedes von fast 13 Cent pro Stück zwischen Fabrikzigaretten und selbst gedrehten Zigaretten stiegen viele Raucher auf losen Tabak um, anstatt weniger zu rauchen oder ganz damit aufzuhören.

Rauchen ist die wichtigste Ursache für Herz-Kreislauf-Krankheiten, Krebs sowie chronisch obstruktive Bronchitis und verursacht damit jährlich Kosten in Höhe von fast 30 Milliarden Euro. Diese entstehen durch die Behandlung tabakbedingter Krankheiten, Rehabilitationsmaßnahmen und Medikamente sowie durch krankheitsbedingte Produktivitätsausfälle. Infolge des durch die Tabaksteuererhöhungen bedingten geringeren Zigarettenkonsums werden in Zukunft weniger Menschen infolge des Rauchens erkranken. Dadurch erspart die Steuererhöhung dem Gesundheitssystem und der Volkswirtschaft langfristig jährlich Kosten in Höhe von 2,2 Milliarden Euro.

Etwa die Hälfte aller regelmäßigen Raucher stirbt vorzeitig an den Folgen des Tabakkonsums, meist infolge von Herz-Kreislauf-Krankheiten, Krebserkrankungen oder Atemwegserkrankungen. In Deutschland sind jedes Jahr 110 000 bis 140 000 Todesfälle auf das Rauchen zurückzuführen. Als Folge des Absatzrückgangs durch die Tabaksteuererhöhungen sind künftig jährlich schätzungsweise rund 12 000 Krankheits- und 8500 Todesfälle weniger zu erwarten.

Dem enormen gesundheitlichen Nutzen der Tabaksteuererhöhungen gegenüber sind negative Folgen für den Arbeitsmarkt sowie geringere Steuereinnahmen nicht zu befürchten. Um den Zigarettenkonsum dauerhaft zu senken, sind jedoch neben Tabaksteuererhöhungen weitere Maßnahmen notwendig. Wichtige Bausteine einer effektiven Tabakkontrolle sind eine wirksame Kontrolle des Zigaretten Schmuggels, eine rauchfreie Umgebung, ein umfassendes Tabakwerbeverbot, Aufklärungskampagnen, drastische Warnhinweise sowie Angebote in der Tabakentwöhnung.

Herausgeber der Publikation:

- Deutsches Krebsforschungszentrum, Stabsstelle Krebsprävention und WHO-Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle, Heidelberg
- Institut für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie der Universität zu Köln

Die Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung herausgegeben.

Die Publikation „Auswirkungen der Tabaksteuererhöhungen von 2002 bis 2004“ kann kostenlos bezogen werden über

Deutsches Krebsforschungszentrum
- WHO Kollaborationszentrum für Tabakkontrolle -
Im Neuenheimer Feld 280
69120 Heidelberg

oder per e-mail:
who-cc@dkfz.de

Im Internet (pdf-Datei) abrufbar unter:
<http://www.tabakkontrolle.de>

Das Deutsche Krebsforschungszentrum hat die Aufgabe, die Mechanismen der Krebsentstehung systematisch zu untersuchen und Krebsrisikofaktoren zu erfassen. Die Ergebnisse dieser Grundlagenforschung sollen zu neuen Ansätzen in Vorbeugung, Diagnose und Therapie von Krebserkrankungen führen. Das Zentrum wird zu 90 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zu 10 Prozent vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.

Diese Pressemitteilung ist abrufbar unter www.dkfz.de/pressemitteilungen

Dr. Julia Rautenstrauch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
D-69120 Heidelberg
T: +49 6221 42 2854
F: +49 6221 42 2968